

Mittelstand im Gespräch

Vereint gegen Bürokratie



Dieter Posch und Frank Williges diskutierten mit IHK-Mittelstandschef Alwin Altrichter über Möglichkeiten der Deregulierung. Foto: Beyer/WN

Das Unternehmerfrühstück des IHK-Netzwerk Mittelstand Kassel und der Wirtschaftsclub Kassel fand erstmalig mit Vertretern des hessischen Landtages, den Abgeordneten Dieter Posch (Fdp) und Frank Williges (CDU) statt.

Alwin Altrichter, Sprecher des IHK-Netzwerks Mittelstand, betonte mit Nachdruck, dass der Abbau bürokratischer Hemmnisse und die Senkung der Unternehmenssteuern zentrale Anliegen mittelständischer Unternehmen seien.

Ein aktuelles Beispiel: Das neue Gesetz über elektronische Handels- und Genossenschaftsregister (EHUG) stelle eine Belastung des Mittelstandes dar und werde dazu führen, dass Unternehmen ihre Rechtsform ändern, so Altrichter. Kleinunternehmen wollen weder der Konkurrenz noch den Kunden durch die Veröffentlichungspflicht gern präsentieren „wie klein man ist“. Bei Verstößen der Veröffentlichungspflicht können durch das neue Gesetz Ordnungsgelder von 2.500 bis 25.000 Euro verhängt werden. Auch am Beispiel dieses Gesetzes, das seinen Ursprung in Brüssel habe, könne man die mangelnde Vertretung der kleinen und mittelständischen Unternehmen innerhalb der Europäischen Union erkennen.

Die Abgeordneten erläuterten ihr konkretes Engagement für die mittelständische Wirtschaft. In der lebhaften Diskussion werden Themen wie der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, Weiterbau der A 44, die Errichtung eines Factory-Outlet-Centers, Rundfunkgebühren für Internetfähige PC's, das bei dem Mittelstand fehlende Eigenkapital, Bürokratieabbau und Verkürzung von Planungszeiten angesprochen.

Konkret wird auch die Aktion der Landesregierung zum Thema Bürokratieabbau und die weitere Vorgehensweise dazu besprochen. MdL Williges verweist darauf, dass insgesamt 95 Eingaben zum Thema Bürokratieabbau gemacht worden seien. MdL Posch betont, dass der Bürokratieabbau beim Gesetzgeber anfangen und so zum Beispiel die eingeführte Befristung der Gesetze ein wichtiger Schritt sei.

Die Teilnehmer der Veranstaltung betonten abschließend die Wichtigkeit der regelmäßigen Kommunikation zwischen Landespolitik und mittelständischen Unternehmen und formulieren ihren Willen, die Gespräche zukünftig fortzusetzen.

Elke Beyer ■